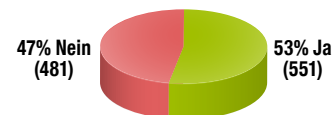


Frage des Tages

Soll die Regierung dem Open-Air-Kino auf dem Münsterplatz helfen?

Das Open-Air-Kino auf dem Münsterplatz ist gefährdet, weil der Sponsor aussteigt. Soll die Regierung helfen? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Ist die Münchensteinerstrasse ein guter Container-Standort?



Beliebtes Volkskino. Die Bevölkerung schätzt das Freiluftkino auf dem Münsterplatz sehr. Doch die Regierung will es finanziell nicht mehr unterstützen.

Das Basler Open-Air-Kino vor dem Aus

Der Veranstalter will den beliebten Sommerevent künftig nur noch in Zürich weiterführen

Von Raphael Suter

Basel. Es war der perfekte Abschluss des diesjährigen Open-Air-Kinos auf dem Münsterplatz. Bei hochsommerlichen Temperaturen und vor ausverkauften Reihen wurde am Sonntag die Komödie «While we're young» gezeigt. Die 1700 Zuschauer unterhielten sich köstlich. Nicht ahnen konnten sie, dass dies wohl die letzte Vorstellung sein würde. Im kommenden Jahr findet das Open-Air-Kino auf dem Münsterplatz voraussichtlich nicht mehr statt. Nach 24 Jahren wirft die Cinerent Open Air AG in Basel das Handtuch. Auch die Veranstaltung in Bern wird gestrichen. Nur noch in Zürich wird das «Kino am See» weitergeführt.

«Salt ist als Titelsponsor nicht mehr dabei, und da mussten wir uns fragen, wie es weitergehen soll», erklärt Peter Hürlimann, Cinerent-CEO, der Gründer des Open-Air-Kinos. Nachdem Salt (früher als Orange) 16 Jahre als Titelsponsor fungiert habe, sei es schwierig gewesen, einen Ersatz zu finden. Das Finanzierungskonzept sieht einen Titel- sowie zwei lokale Hauptsponsoren vor. «Doch wenn wir in die Zukunft des Sponsorings schauen, wird es immer schwieriger, Geldgeber zu finden», sagt Hürlimann. Mit den Einnahmen aus dem Ticket-Verkauf könnten gerade mal die Hälfte der Personalkosten für Betrieb,

Auf- und Abbau gedeckt werden. Zudem ist er es auch leid, immer bloss als kommerzieller Veranstalter abgestempelt zu werden.

Volkskino mit Besucherrekord

Mit diesem Argument hatte die Basler Regierung dem Open-Air-Kino nach zwei Jahren weitere Zuschüsse aus dem Swisslos-Fonds gestrichen, obwohl damit die Eintrittspreise auf fünf Franken reduziert werden konnten. Dem «Volkskino» auf dem Münsterplatz wurde 2013 mit rund 40 000 Zuschauern ein Rekord beschert. 2014 waren es trotz schlechtem Wetter 38 000 Besucher. Gegen den ablehnenden Entscheid wurde eine Petition mit fast 3000 Unterschriften eingereicht. Die Petitionskommission hielt fest, dass der Sommeranlass «unterstützungswürdig» sei, doch das änderte nichts bei der Regierung. «Gewinnorientierte Veranstalter, die ein privates Risiko tragen, sind offenbar weniger akzeptiert als öffentliche Kulturinstitutionen, die auf Defizite hinarbeiten», sagt Hürlimann.

Diese Überlegungen haben dazu geführt, dass er sich schweren Herzens entschlossen hat, das Kino Open Air auf dem Münsterplatz nicht mehr zu veranstalten. Auch Bern wird gestrichen. Die Cinerent Open Air AG wird künftig nur noch am «Kino am See» in Zürich festhalten. «Dort haben wir wäh-

rend vier Wochen über 50 000 Besucher, die 24 Franken pro Ticket bezahlen», erklärt Hürlimann. Ausserdem könne das gleiche Team und das gleiche Equipment wie in Sydney eingesetzt werden, wo Cinerent ebenfalls ein Open-Air-Kino organisiert. «Die Zürcher Regierung hat sich ganz klar für das Kino am See ausgesprochen und eine langfristige Bewilligung erteilt.»

In Basel müsste das Open-Air-Kino eine neue Bewilligung für die kommenden drei Jahre einholen, was wiederum zu Ausschreibungen und wohl auch zu Einsprachen geführt hätte. An der beliebten Veranstaltung im Sommer hatten sich in jüngster Zeit einige wenige Anwohner des Münsterplatzes gestört, die sich deshalb organisierten. Verhindern konnten sie das Open-Air-Kino bislang jedoch nicht. «Es ist in Basel mit den Behörden nicht einfacher geworden, auch wenn wir hier auch viel Goodwill – vor allem vom Standortmarketing – erfahren durften», betont Hürlimann.

Schwieriger Start in Basel

Allerdings würden die Auflagen ständig verstärkt. Nach 24 Jahren wurden sie beispielsweise per Schreiben darauf hingewiesen, dass für Werbung auf öffentlichem Grund künftig zusätzliche Gebühren bezahlt werden müssen.

Der Zürcher Hürlimann hatte in Basel 1991 keinen leichten Start. Ein selbstherrlicher Chefbeamter im Baudepartement verweigerte ihm eigenmächtig die Bewilligung, ein Open-Air-Kino auf Basels schönstem Platz zu veranstalten. Erst als die BaZ damals den Konflikt öffentlich machte und der Druck auf die Behörden zunahm, konnte Hürlimann sein Projekt realisieren, das im Laufe der Jahre immer wieder verändert und den Gegebenheiten angepasst worden ist. Zuletzt fand das Salt Cinema als stimmungsvolles Freilichtkino auf der Piazza statt, ähnlich derjenigen von Locarno. Mit grossem Aufwand wurde das entsprechende Ambiente gestaltet.

In den letzten Tagen hat Peter Hürlimann die lokalen Partner über seinen Entscheid informiert. Diese möchten unbedingt am Open-Air-Kino festhalten. Die Finanzierungsfrage ist allerdings völlig offen, da die Regierung ja klar gesagt hat, dass sie den Anlass nicht weiter mitfinanzieren will. Falls sich hier dennoch eine Lösung findet, ist Hürlimann bereit, die Veranstaltung auch in Basel weiterzuführen. «Die Begeisterung der Baslerinnen und Basler für das Freiluftkino ist gross. Wir würden uns natürlich sehr freuen, wenn wir das Open-Air-Kino mitten in Basel weiterführen könnten», erklärt der Cinerent-Chef.

Regierung stimmt GPK zu

Fremdaufträge sollen künftig sorgfältiger vergeben werden

Von Thomas Dähler

Liestal. Genugtuung für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Baslerbieter Landrats und ihren Präsidenten Hanspeter Weibel (SVP): In ihrer gestern veröffentlichten Stellungnahme zu dem im Mai publizierten GPK-Bericht stellt die Regierung in Aussicht, dass sie den Empfehlungen der GPK praktisch vollumfänglich folgt. Einzig an wiederkehrenden Aufträgen für die gleichen kostengünstigen Lieferanten will die Regierung auch in Zukunft festhalten. Der Regierungsrat beauftragt die Bau- und Umweltschutzdirektion zu prüfen, ob eine Datenbank zum Beschaffungswesen ins Leben gerufen werden könnte.

Der detaillierte Bericht der Regierung zu den von der GPK und der Finanzkontrolle gerügten Mängeln hebt sich von der damaligen Stellungnahme ab, welche die Regierung wenige Minuten nach Publikation des GPK-Berichts am 6. Mai veröffentlicht hatte. «Es ist weder sachdienlich noch zulässig, aus festgestellten Mängeln in einzelnen Projekten generelle und nicht zutreffende Pauschalvorwürfe abzuleiten», schrieb die Baslerbieter Regierung damals. Und es sei zu bedauern, dass mit den Aussagen des Berichts das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Parlament «unnötig belastet» werde.

Benchmark für Honorare

Inzwischen scheint sich die Regierung anders besonnen zu haben. Fast ausnahmslos unterstützt sie jetzt die damals aufgeführten Empfehlungen, die sie in dem Bericht detailliert würdigt. Zur Schaffung einer Datenbank würden in einem ersten Schritt die datenschutzrechtlichen Fragen geklärt und anschliessend deren Nutzen geprüft. Die darin erfassten Angaben sollten es dereinst ermöglichen, mit einem Benchmark für die Honoraransätze zu arbeiten.

Der Regierungsrat weist weiter darauf hin, dass bereits im Entlastungspaket 12/15 ein Konzept zur Bündelung von Beschaffungen erstellt worden sei. Jetzt sei ein Verordnungsentwurf erarbeitet worden, den die Regierung in Kürze in Kraft setzen wolle, und der die interne Organisation anpasse.

Auch zum Abschluss und zum Vollzug privatrechtlicher Verträge werde eine Anpassung der entsprechenden Verordnung geprüft. Die zuständigen Stellen sollen künftig angehalten werden, frühzeitig die Beratung der zentralen Beschaffungsstelle in Anspruch zu nehmen. Auftraggeber sollen künftig auch in den Ausstagen treten, wenn persönliche Beziehungen zu den Auftragnehmern bestehen.

Hafen-Kartell: Regierung schweigt – Politiker fordern Antworten

Für seinen Informationsabend zu zwei Hafenprojekten wird der Gewerbeverband Basel-Stadt von der SP angegriffen

Von Daniel Wahl

Basel. Es ist im Grunde genommen ein Kartell, das die SBB Cargo, Rhenus Alpina/Contargo AG und die mit den SBB eng verbundene Hupac SA in Form der Planungsgesellschaft Terminal Basel Nord gegründet haben: Die operativen Geschäftsgebiete haben sie unter sich aufgeteilt und sie bestimmen, wer unter welchen Bedingungen Zugang zum geplanten Hafen auf dem ehemaligen Rangierbahnhof in Kleinhüningen haben soll (vergleiche BaZ vom Mittwoch, 2.9.). Dies, obwohl die Regierungsräte Christoph Brutschin (SP, BS) und Thomas Weber (SVP, BL) sowie der Hafendirektor Hans-Peter Hadorn von einem diskriminierungsfreien Zugang gesprochen haben.

Das ist klar eine Mär. Während sich SBB, Hupac und Contargo das Containergeschäft unter den Nagel reissen wollen, hätte sich die private Umschlagfirma Swissterminal zum Statisten und

zur Preisgabe ihrer bestehenden Standorte verpflichten müssen. Ein Vorgehen, das auch Ultra-Brag-Geschäftsführer Beat Heydrich bestätigt: «Ich habe ein Geschäftsgebaren wie in der Sowjetunion angetroffen.» Diskriminiert sieht sich ebenso Danser Switzerland AG, die bis vor Kurzem noch offene Türen im Hafen Basel Nord gesucht hat. Geschäftsführer Heinz Amacker heute: «Wir sind definitiv nicht mehr beim Projekt in Basel.» Man hätte intransparente Aktionärsbindungsverträge sowie Absichtserklärungen ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung unterschreiben müssen. «Das konnten wir nicht eingehen.»

Gewerbeverband unter Beschuss

Indessen haben diese drei privaten Schiff- oder Containerfirmen, die 60 Prozent des Volumens der Schweizerischen Rheinhäfen abwickeln, ein Alternativprojekt in Weil am Rhein vorgestellt – präsentiert in den Räumen des Gewerbeverbands Basel-Stadt an der

Elisabethenstrasse. Nun liegen die Nerven offenbar blank.

Am Gesellschaftsanlass «Hafenmähl» ist der Gewerbeverband dafür von der Regierung persönlich kritisiert worden, wie Präsident Marcel Schweizer auf Anfrage bestätigt. Gestern hat sich die SP Basel-Stadt schützend vor ihren Regierungsrat Christoph Brutschin gestellt, sie verteidigt das «Hafen-Kartell» unter dem Titel «Vorwärts machen mit dem trimodalen Container-Terminal Basel Nord». «Der von drei im Hafen domizilierten Unternehmen vorgebrachte Vorschlag, auf Basel Nord zu verzichten und dafür eine kürzlich zur nationalen Infrastruktur erhobene Anlage ins deutsche Weil am Rhein zu verlegen, lässt staunen», heisst es in einer Medienmitteilung. Und SP-Fraktionspräsident Steffi Luethi-Brüderlin sowie SP-Grossrat Pascal Pfister «verurteilen die Haltung des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, der sich aktiv für den Hafen Weil am Rhein einsetzt und damit

in Kauf nimmt, dass dem hiesigen Gewerbe sowohl für den Bau des Containerterminals wie auch für die für später geplante Stadtentwicklung substantielle Aufträge entgehen werden.» Der angeschossene Marcel Schweizer verteidigt seinen Entscheid: «Es ist wichtig, dass unseren Mitgliedern solche unhaltbaren Vorgänge transparent gemacht werden.» Und Schweizer schiesst zurück: «Der SP fehlt es an Demokratieverständnis, wenn man nicht einmal mehr zwei Projekte einander gegenüberstellen und sie diskutieren darf.»

Haltung der Regierung unklar

Nicht äussern möchten sich die Regierungen zum aktuellen Vorwurf, dass Staatsbetriebe wie die SBB mit Bundesgeldern alimentiert werden auf Kosten der Privatwirtschaft: Brutschin hält dies bloss für ein operatives Mit- und Gegeneinander von Unternehmen, das man mit Interesse verfolgen sollte. «Mehr haben wir dazu nicht zu sagen.» Nichts

sagen zur Zerschlagung seiner KMU-Firmen im Baselbiet will auch Wirtschaftsdirektor Thomas Weber. «Wir gehen weiterhin davon aus, dass das Projekt diskriminierungsfrei ist», lässt er ahnungslos ausrichten. Und Hafendirektor Hans-Peter Hadorn gibt an, alles dazu bereits gesagt zu haben.

Indessen sind die intransparenten Vorgänge in Bern mit Argusaugen zur Kenntnis genommen worden. SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner, der den Grossteil seiner Ladungen mit den SBB bewältigt und nicht mit der Swissterminal verhandelt ist, wie kolportiert wird, kündigt eine Interpellation im Nationalrat an. «Ich hätte gerne eine Tanklagerreinigung im Hafen betrieben und ich konnte mich nicht bewerben», sagt er. Auch die Baslerbieter FDP fordert Aufklärung und kündigt ebenfalls eine Interpellation an. Dies mit der Begründung, dass insbesondere die Wirtschaftlichkeit des Hafenprojekts Basel Nord infrage gestellt sei.